

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abo-Preis monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M.; durch die Post bezogen monatlich 3 M., vierteljährlich 9 M. — Berichtungsanzeige kosten pro Seite 75 Pf. — Zeit- und Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schuh; Druck: H. Haussmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Buchum, Biemehauer Str. 33-42. Telefon-Nr. 89, 89 u. 98. Telegr.-Nr.: Alberndorf Boden.

Reichskonferenz und Lohnfrage.

Am 10. September tagte in Hannover die Reichskonferenz der freigewerkschaftlichen Organisationen in der Bergbauindustrie, um zu dem Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen Stellung zu nehmen. Anwesend waren insgesamt 242 Vertreter der einzelnen Organisationen. Davon entfielen auf unseren Verband 178, den Verband der Heizer und Maschinisten 21, den Metallarbeiterverband 21, den Fahrarbeiterverband 5, den Bund der technischen Angestellten und Beamten 3, den Bauarbeiterverband 2 und den Transportarbeiterverband 1. Die Verhandlungen dauerten von vormittags 9 Uhr bis nach 7 Uhr abends. An der Aussprache beteiligten sich 31 Vertreter aus allen Bergbaubezirken, darunter nur 3 Verbandsangestellte. In momentaner Abstimmung wurde folgende Entschließung mit 154 gegen 71 Stimmen angenommen:

Die am 10. September 1921 in Hannover tagende Reichskonferenz der freigewerkschaftlichen Organisationen in der Bergbauindustrie erkennt an, daß durch die zum Abschluß gelangten zentralen Lohnverhandlungen für den gesamten Bergbau prinzipielle und praktische Vorteile erzielt worden sind. Vornehmlich ist die frühere grundsätzliche Einstellung der Bergarbeiterunternehmer, jede zentrale Verhandlung abzulehnen, durch das Vorgehen sämtlicher Arbeiterorganisationen aufgegeben, und so der Weg für die Entwicklung zum Reichstarif geöffnet worden.

Ein weiterer Vorteil der zentralen Verhandlungen ist, daß durch sie die Lohnfrage für die kleinen, weniger wirtschaftlichen Betriebe schneller und günstiger zum Abschluß gebracht werden konnte, als wenn diese Betriebe ohne Einsegnung der Hauptvertreter verhandelt hätten. Die Konferenz sollt es zurzeit für unmöglich, daß bei zentralen Verhandlungen alle berechtigten Wünsche der einzelnen Betriebe erfüllt werden können. Es ist notwendig, daß ein Betrieb auf das andere Mütselft nimmt. Unterschieden, die sich bei den diesmaligen zentralen Verhandlungen herausstellen, werden im Laufe der Zeit durch die Praxis ausgemerzt werden müssen.

Zentrale Verhandlungen lassen sich nicht zu jeder Zeit einleiten, sondern es sind, dafür auch bestimmte Voraussetzungen gegeben. Die Konferenz beschloß, daß es nicht gelingen kann, gleichmäßige Lohnzulagen für alle Betriebe ab 1. August d. J. zu erreichen, erkennt aber an, daß die verhandlungsführenden Organisationen ihre ganze Kraft einzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen, andererseits jedoch die Schwierigkeiten, die sich der erheblichen zentralen Verhandlung entgegenstellen, außerordentlich groß waren. Die Konferenz stimmt trotz erheblicher Bedenken der Annahme der vorliegenden Lohnvereinbarungen zu und beauftragt die Organisationsleitungen, die Unterzeichnung der Vereinbarungen vorzunehmen, wenn die Lohnverhandlungen in den noch ausstehenden Beiträgen zum Abschluß gebracht sind.

Die Konferenz beauftragt die Organisationsleitungen ferner, die Preisentwicklung auf dem Lebensmittelmarkt weiter zu verfolgen, und zwar zeitig Zeit mit neuen Lohnforderungen an die Unternehmer heranzutreten. Mit allem Nachdruck muß aber erklärt werden, daß bei den diesmaligen Verhandlungen der Einfluß der Organisationsleiter dies gründlich gewiesen wäre, wenn alle im Bergbau beschäftigten Arbeitnehmer tatsächlich organisiert wären. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert die Konferenz alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer in der Bergbauindustrie auf, gemeinsam mit den Mitgliedern der anderen anerkannten Organisationen ihre ganze Kraft einzusetzen, damit die organisatorische Zusammensetzung der Bergarbeiter eine viel bessere wird. Der geschlossene Organisation des Bergbauunternehmertums muß die geschlossene Front aller Bergarbeiter entgegengesetzt werden.

Von unserem Verband wurden 168 Stimmen abgegeben. Dovon waren 108 für und 60 gegen die Entschließung. Anwesend waren die Delegierten der Generalversammlung sowie die Verbandsleitung und die Bezirksleiter. Von den noch in Arbeit stehenden Vertretern stimmten 66 für und 58 gegen die Entschließung. Die "Verbandsbonzen" haben also weder bei der Aussprache, noch bei der Abstimmung den Ausdruck gegeben. Vom Verband der Heizer und Maschinisten stimmten 21 mit ja, 7 mit nein, vom Metallarbeiterverband 18 mit ja und 4 mit nein, vom Fahrarbeiterverband 5 mit ja, vom Transportarbeiterverband 1 mit ja, vom Bauarbeiterverband 1 mit ja. Insgesamt haben diese freigewerkschaftlichen Organisationen also 57 Stimmen abgegeben. Dovon waren 46 für und 11 gegen die Entschließung. klarer kann der Wille der Mitglieder nicht zum Ausdruck kommen.

Außerdem wurde noch folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Die Reichskonferenz, der in der deutschen Bergwerksindustrie beschäftigten freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer stellt fest, daß auch die neuen Lohnzulagen keine tatsächliche Verbesserung der Wirtschaftslage der Arbeiterschaft bedeuten, sondern nicht einmal einen ausreichenden Ausgleich für die fast sprunghaft eingetretene Lebensmittelsteuerung darstellen. Der dem Deutschen Reich ausgetragene Modus der Reparationsleistungen an die Entente hat die kapitalistische Spekulation förmlich aufgeweckt. Dadurch ist wieder eine so erschreckende Entwertung der deutschen Mark herbeigeführt, daß eine unheilvolle Katastrophe zu befürchten ist. Wir appellieren deshalb an die Organisationen der ausländischen Kameraden, die gleichfalls unter der wahnwitzigen Valutakrise schwer zu leiden haben, ihren vollen Einfluß auf die Regierungen ihrer Länder auszuüben im Sinne einer besseren Verständigung der Ententestaatsleiter mit der deutschen Reichsregierung über die Abklärung der Reparationsverpflichtungen. Außerdem richtet die profitierende kapitalistische Spekulationsblut im Verein mit der nationalistischen Volksverteidigung zunächst die europäische Wirtschaft, dann aber auch die außereuropäische zugrunde. Die Ausschöpfung der Sanktionen im Rheinland und die Querfassung Oberschlesiens an Deutschland gemäß dem Resultat der Volksabstimmung sind ebenfalls bringende Sicherheitsmaßnahmen gegen das drohende Chaos.

Die Reichskonferenz versichert der Reichsregierung die tatkräftige Unterstützung der Bergarbeiter zum Schutz der republikanischen demokratischen Reichsverfassung und erwartet mit Bestimmtheit, daß die Reichsregierung vor seiner Drohung der reaktionären Kreise zurückweicht. Wie der Kapp-Putsch 1920 die Entwicklung der deutschen Wirtschaft zur Gesundung empfindlich gestört hat, so wird unter Betriebsleben noch andauernd beunruhigt durch die Treibereien der Reaktionäre, deren Opfer nun auch der Abg. Erzberger geworden ist. Die gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter wissen, daß eine Wiederherstellung des alten Regimes auch die frühere Unterdrückungspolitik gegenüber den Bergarbeitern wieder ausleben lassen würde und sind deshalb fest entschlossen, mit all ihrer Macht der Reaktion entgegenzutreten. Dazu müssen sich die Kameraden in allen Bezirken ständig bereithalten.

Eröffnet und geleitet wurden die Verhandlungen von unserem Verbandsvorsitzenden Abg. Husemann mit Worten der Begrüßung an Vertreter, Gäste und Presse. Als Guest wohnte der Reichswirtschaftsminister Robert Schmid in den Verhandlungen bei, ebenso der Referent im Reichswirtschaftsministerium, Abg. Nikolaus Steerotth. Anwesend waren auch die Vertreter unseres Verbandes in den Selbstverwaltungsförfern der Reichsloschen- und Reichsalmwirtschaft, unsere Kameraden Öffler, Sachse, Dölle, Garbe und Krause. Der Reichsarbeitsminister Braun hatte schriftlich mitgeteilt, daß er der Geschäftslage halber selber selbst erscheinen noch einen Vertreter entsenden könne. Bei den Bergarbeitern hat sich der Reichsarbeitsminister mit diesem Schreiben keinen Stein ins Brett gesetzt, das wurde während der Verhandlungen auch wiederholt zum Ausdruck gebracht. Zu einem Geheimrat würde es doch allenfalls noch gelangt haben.

Neben das Ergebnis der zentralen Lohnverhandlungen berichtete das Vorstandsmitglied unseres Verbandes, A. Schmid, der unter anderem aussprach:

Der Anfang zentraler Lohnverhandlungen standen außerordentliche Schwierigkeiten entgegen, die sich besonders aus der Verschiedenheit der Verhältnisse in den einzelnen Bergbaubezirken ergeben. Zudem schienen die Verhandlungen zentrale Lohnverhandlungen zunächst grundsätzlich ab und erklärten dazu am 19. August schriftlich:

Die Arbeitgeber stehen auf dem Standpunkt, daß mit Rücksicht auf die verschiedenartigen Verhältnisse in der Lebenshaltung und auf die verschiedene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Bergbauwege und -Bezirke eine zentrale Regelung der Lohnfrage nicht durchführbar ist.

Weiter halten die Arbeitgeber es für richtig, daß in den einzelnen Bezirken nach Klärung der tariflichen Vereinbarungen Verhandlungen geführt werden mit dem Ziel, daß da, wo es notwendig ist und wo es die Entwicklung der Preise ihrer Erzeugnisse und die Leistungsfähigkeit der Betriebe gestattet, durch entsprechende Lohnzulagen den schon vorhandenen Ansätzen der Erneuerung Rechnung getragen wird.

Dabei hatte der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft am gleichen Tage folgende Entschließung angenommen:

Nachdem die in der Verhandlung am 1. April 1921 gewährte Erhöhung des Bruttogehalts eingetreten ist, empfiehlt der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft, gemäß dem damaligen Beschlusse in den Verhandlungen der Tarifkontrahenten dieser Tatsache und ihren Folgen Rechnung zu tragen, soweit das noch nicht geschehen bzw. ausdrücklich vereinbart ist.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft empfiehlt hier also, der Erneuerung der Lebenshaltung durch entsprechende Lohnzulagen Rechnung zu tragen, zentrale Lohnverhandlungen aber lehnen die Vertretergrundlage grundsätzlich ab. Das konnten sich die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen nicht gefallen lassen und sie haben am 20. August eine Entschließung, worin es u. a. heißt:

1. Die Erhöhung der Nahrungsmittelepreise betrifft alle Bezirke fast gleichmäßig. Aus diesem Grunde müssen die Arbeiterorganisationen an der zentralen Lohnregelung festhalten.
2. Die plötzlich eingetretene Erneuerung bedingt eine möglichst schnelle Regelung des Lohnausgleichs. Die Regelung nach erfolgter Aufklärung der Tarife würde eine wesentliche Verzögerung nach sich ziehen und eine Beeinträchtigung unseres Wirtschaftslebens bedeuten.
3. Die Arbeitnehmervertreter halten einen Lohnausgleich für alle Bergbaubezirke für notwendig.

Außerdem richteten die Arbeiterorganisationen am 20. August an den Reichsverband der deutschen Industrie Fachgruppe Bergbau ein Schreiben, worin es u. a. heißt:

1. Die Arbeiterorganisationen können von den zentralen Verhandlungen nicht abschließen, in denen eine grundsätzliche Bekanntgabe einer angemessenen Lohnzulage für sämtliche Bergarbeiter erzielt wird.
2. Die Lohnzulage um durchschnittlich 12 M. je Schicht ab 1. August 1921 muß als dringlichst bezeichnet werden.
3. Zur Erledigung der beiden vorstehenden Forderungen hat eine Konferenz der Arbeiterorganisationen eine Frist bis zum 1. Sept. 1921 offen gestellt.

Hierzu gaben die Vertreter am 26. August eine Erklärung ab, worin sie die Notwendigkeit einer Gehalts- und Lohnzulage anerkennen, deren Durchführung und Höhe aber von den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Bergbaubezirke abhängig sein müsse. Sie seien bereit, in den einzelnen Bergbaubezirken sofort in Lohnverhandlungen einzutreten und zu der Frage der zentralen Lohnverhandlungen baldigst Stellung zu nehmen. Diese Stellung gaben die Vertreter am 30. August bekannt in folgender Erklärung:

In Verfolg der Verhandlungen über die Lohnbewegung im Bergbau am Freitag, den 26. August 1921, haben sich die Arbeitgeber des Kohlenbergbaus gelegenlich der heutigen Beratungen des Reichskohlenverbands bereit erklärt, mit den Arbeitnehmern am Donnerstag, den 1. September 1921 zu zentralen Beratungen über die Lohnfrage zusammenzutreten. Es besteht die grundsätzliche Bereitschaft, der eingetretene Erneuerung im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten durch entsprechende Lohnzulagen gerecht zu werden. Im Anschluß an die Beratungen sollen die Verhandlungen in den einzelnen Bezirken unverzüglich aufgenommen werden.

Nach dieser Erklärung haben die Vertreter ihre grundständig ablehnende Stellung gegen zentrale Lohnverhandlungen also glatt aufgegeben. Trotzdem schrieb die "Rheinisch-Westfälische Zeitung" am 3. September über die zentralen Lohnverhandlungen im Reichsarbeitsministerium u. a.:

"Die Arbeitgeber haben ihren Standpunkt, an der revidierten Regelung der Lohnfrage festzuhalten, durchgesetzt, nachdem der Standpunkt der Arbeitnehmer, von denen Vertreter aller Kreise anwesend waren, sich dem der Arbeitgeber angenähert hatte."

Genau das Gegenteil von dem, was hier behauptet wird, ist also richtig. Nicht die Arbeitnehmer haben sich dem Standpunkt der Arbeitgeber angenähert, sondern die Arbeitgeber haben sich dem Standpunkt der Arbeitnehmer angenähert. So wird geschwindelt.

Die zentralen Lohnverhandlungen fanden am 1. September im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers Braun statt und dauerten von 10 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends. Es wurde folgendes Ergebnis erzielt:

Es sollen erhaltenen Lohnzulagen auf die am 31. August bereits bestehenden Tarifzölle: 1. das Ruhrrevier je Schicht durchschnittlich 10 M., 2. das Unterhessische Braunkohlenrevier Käseje Schicht durchschnittlich 10 M., 3. das Steinkohlenrevier Niederrhein je Schicht durchschnittlich 8,50 M., 4. das Steinkohlenrevier Niedersachsen je Schicht durchschnittlich 7,50 M., 5. die Steinkohlenreviere Freistaat Sachsen je Schicht durchschnittlich 7,50 M., 6. die Steinkohlenrevier Westfalen je Schicht durchschnittlich 8,50 M., 7. der Steinkohlenrevier Niedersachsen je Schicht durchschnittlich 6,50 M., 8. das mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlenrevier (Kernrevier) je Schicht für Arbeiter über 18 Jahre 5,50 M., für Arbeiter unter 18 Jahren und weibliche Arbeiter 3,50 M.

Die Verhandlungen im Kalibergbau hatten vorher stattgefunden und deren Ergebnis muß für sich betrachtet werden, weil die Kalibergarbeiter an vorhergehenden Lohnzulagen nicht teilgenommen hatten und insgesamt besonders ungünstig gestellt sind. Infolge der Verschiebung in den einzelnen Bergbaubezirken liegen sich auch bei den zentralen Lohnverhandlungen einheitliche Lohnzulagen nicht durchsetzen. Immerhin bedeuten die zentralen Lohnverhandlungen einen großen Fortschritt, was sich noch in späterer Zeit zeigen wird.

An der Aussprache beteiligten sich, wie schon angeführt, 81 Vertreter aus allen Bergbaubezirken. Es blieb dabei nichts unerörtert. Leider können wir auf Einzelheiten wegen Raumangabe nicht eingehen. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen unseres Vertreters im Reichskohlenverbund, Heinrich Öffler, über die internationale Kohlelöhne, für die wir deshalb auf allseitigen Wunsch kurz folgen lassen:

Für die Zukunft wird die deutsche Kohlenwirtschaft von der internationalen Kohlenwirtschaft stark beeinflußt werden, im Gegensatz zu den letzten Jahren. Wir traten in den letzten Jahren durch den Krieg und den ihm folgenden Friedensvertrag eine Kohlennimmendrittel-Ausländische Kohle, welche infolge hohen Preises und der hohen Frachtkosten in Deutschland nicht aufstreten. Das hat sich sehr geändert. In der Börse in New Castle wurde der englische Kohlenpreis wie folgt notiert: Im Juni 1920 für beste Kesselfläche 140 Schilling und im April 1921: 42,6 Schilling; für beste Gaslohe 120 Schilling und im April 1921: 40-42,6 Schilling. Der amerikanische Preis im August 1920 betrug in Pittsburgh: Kesselfläche 10 Dollar, und dieses Jahr nur 2,50 Dollar. Pittsburgher gesetzte Gaslohe kostet 1920 im August 12 Dollar und jetzt nur 3,25 Dollar. Der Kohlenpreis ist sehr gefallen. Noch mehr gefallen sind die See-Frachtfäße. Die Frachtfäße für amerikanische Kohle nach Hamburg je Tonne betrugen im Januar 1920: 25 Dollar und im Januar 1921: 4,75 Dollar. Die englische Kohle wird jetzt je Tonne für 7 Schilling nach Hamburg gefahren. Die Frachtfäße werden noch weiter sinken, weil der Tonnengehalt der Handelsfrachtfäße der Welt von 1914 bis Mitte 1920 um 8 500 000 Brutto-Registertonnen, das sind 19 Prozent, zugenommen hat und am Ende des 3. Quartals 1920 betrug der Auftragsbestand der Werften in den wichtigsten Staaten rund 7,6 Millionen Brutto-Registertonnen.

Durch diese Tatsachen erscheint die englische und amerikanische Kohle als Konkurrenz auf dem deutschen Markt, sobald die deutsche Valuta sinkt. Sie wird dann den deutschen Kohlenpreis und die Lohnverhandlungen sehr beeinträchtigen. Das Ausmaß der Lohnforderungen wird dann nicht mehr von uns allein bestimmt werden können, sondern von der Weltmarktlage mit an erster Stelle abhängig sein. Danach haben wir uns einzurichten. Durch keine Macht, auch nicht durch Streiks, werden wir die Einfluss der Weltmarktlage auf unsere Verhältnisse abwenden können und deshalb haben wir in den Kreis unserer Betrachtungen auch die internationale Kohlenlage einzubeziehen."

An der Aussprache beteiligten sich der Reichswirtschaftsminister Schmid und der Abg. Husemann. Letzterer sprach über die Lage der Bergarbeiter in den anderen Ländern, die auch für uns von großer Bedeutung ist. Wegen ihrer Bedeutung werden wir die Reden von Schmidt und Husemann sowie noch manches andere nachtragen. Im Schlussswort teilte unser Kamerad August Schmidt mit, daß für den Ruhrbergbau folgende Vereinbarung getroffen worden sei:

Die Vertreter verständigen sich auf folgender Grundlage:

Die Bergarbeiter erhalten vom 1. September 1921 ab eine Zulage auf den Grundlohn in Höhe von 6 M. auf den tariflichen Grundlohn in Höhe von 5 M.

Die Arbeitgebervertreter verpflichten sich zur Durchführung dieser Zulage auf der Weise, daß auf der einzelnen Schachtanlage der Haardurchschnittslohn vom Oktober 1921 ab gegenüber dem entsprechenden Haardurchschnittslohn des Monats Juli 1921 um 5 M. gestiegen ist, wobei jedoch Unterschreitungen für die einzelne Schachtanlage bis zum Betrage von 50 Pf. seitens der Arbeitnehmer nicht beklagt werden sollen.

Die Arbeitnehmervertreter segnen jedoch bei ihrem Einverständnis vorab, daß bereits vom September ab eine entsprechende Regelung eintrete.

Die Arbeitgebervertreter erklären, daß sie den festen Willen haben, diese Regelung bereits für September durchzuführen, daß sie lediglich eine Verpflichtung für diesen Monat nicht übernehmen können. Mit dieser Erklärung geben sie die Arbeitnehmervertreter zufrieden.

Auch der Industriellen, Witwen und Waisen wurde geboten und eine Erhöhung ihrer Zulagen gefordert. Darauf werden wir ebenfalls zurückkommen. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten wurde dann die Reichskonferenz vom Konsulden-Gussemann mit einem Hoch auf die Einigkeit der in der Bergbauindustrie beschäftigten Arbeitnehmer geschlossen.

Zahl dem, der noch arbeiten kann.

Hilfe den Armuten!

Arbeit ist das Bürgers Sterbe. Gegen ist der Mühe Preis!"
Wie schon lautet das Dichterwort; doch auf den Gegen ihrer Arbeitsmänner Missionen Bürger vergebens. Den Gegen nehmen diejenigen, die die Kapitalisten besiegen, um Betriebe zu eröffnen und darin andere geistig wie körperlich für sich arbeiten lassen. Die geistig wie körperlich Arbeitenden sind schon heute heitiröhrend wenn sie soviel verdienen, um sich und ihre Familie nähren und Kleiden zu können, sowie ein Dödach zu haben, wo sie nach getaner Arbeit ausruhen.

Der Nutz des Unternehmers geht nach Profit und abermals Profit!

Kann ihnen dieser in acht Stunden nicht geschaffen werden, nun, dann „her mit längerer Arbeitszeit“. So gelte es heute in allen Unternehmerblättern. Die Deutsche „Bergwerks-Zeitung“ Nr. 205 vom 2. September bringt einen Artikel, beschriftet „Leuerung, Lohn und Produktion“. Er klingt darin aus: „Reicht Dir, Arbeiter, der Lohn, den Du in 8 Stunden verdienst, nicht zum Leben aus, dann mußt Du eben länger schuften.“ Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ drückt dies schon geworden folgendermaßen aus:

„Es bleibt kein anderer Ausweg, als die Leistung zu erhöhen und die Produktion zu den augenblicklichen Preisen am Markt zu lassen. Die Erhöhung der Leistung muss erreicht werden dadurch, daß der Arbeitgeber den Betrieb technisch so zusammen wie nur möglich gestaltet und der Unternehmer in den 8 Stunden schafft, was zu schaffen ist. Kommt er auch dann noch nicht auf das Effizienzminimum, muß er sich doch versuchen, wenigstens für die Zeit der härtesten Not seinen Produktionsaufgangen, um fortwährend an der Wachproduktion von Gütern mitzuwirken, daß er von dem daraus folgenden Lohn leben kann. Das wird, je nachdem Angebot und Nachfrage den Markt beeinflussen, in allen Produktionszweigen verschieden sein.“

Dabei steigen die Kurse der Industriepapiere ins Ungeheure. Dabei gibt es Millionen Arbeitslose in den „Kulturländern“, — die Werkhäuser stehen brennend voll. Trotzdem will man die Schwäche noch verlängern! Wahnsinn ist eine kapitalistische Wirtschaftsweise, die solche Blüten treibt. Tausende Leben herrlich und in Freuden, schwelgen in allen Genüssen. Sie säen nicht, sie ernten nicht und sie leben doch und gar nicht schlecht. Es sind Paradiese am Horne der Arbeit!

Die Massen aber, welche Tag für Tag Produkte in harter geistiger und körperlicher Iron schaffen, sollen noch schärfer eingespannt werden, sollen arbeiten, daß ihnen die Knochen brechen, sonst ist Schmalzans Rückenmeister bei ihnen und der Profitor wird höher gehängt. Zeit wird es endlich, daß nicht der harte Faust verschlemt, was fleißige Hände erwarben!

Höchste Zeit, daß den unsauberen Völkernmachinationen ein Ende gemacht wird. Für Zobber und Parasiten kann im heutigen Deutschland kein Platz sein; sie haben kein Existenzrecht.

Raum ist es dem Arbeiter gelungen, ein paar Mark mehr zu erreichen, so werden, ehe noch die erste Lohnzahlung gewesen, die Preise für alles, was der Arbeiter braucht, von Konkurrenzlinien in die Höhe getrieben, so daß der Arbeiter nach der Lohnerhöhung ärmer dasteht, wie vorher. Das freie Spiel der Kräfte ballt den Arbeiter zu schanden und macht Reiche immer reicher.

Wer hat den Mut, in dies Teufelsrad zu greifen und es zum Stillstand zu bringen?

Nur wenn die deutsche Arbeiterschaft einig ist, ihren parlamentarischen Vertretern geschlossen zur Seite steht, wird es möglich sein, eine gesunde Wirtschaftspolitik zu schaffen.

Sieht es zurzeit schon schlimm aus für die, welche noch im Besitz ihrer Vollkraft sind, so erist recht elend für jene, die gezwungen frankseien. Immer noch market die Arbeiterschaft aus die Erhöhung des Grundlohnes zur Festsetzung höheren Franken-

geldes.

Wollt man endlich dazu schreiten? oder soll es erst zum Ausbruch der Erbitterung kommen, um der Forderung zugunsten der frankseiernden Kameraden Nachdruck zu verleihen?

Die Vermögen der großen Krankenkassen sind gestiegen, da bei dem heutigen Krankengeld nur der frankseiert, der zum Verlassen des Heites nicht mehr fähig.

Die Vorstände der Kassen wären bereit, die Krankengelder zu erhöhen; doch können sie über die Vorschriften der RBD. nicht hinaus.

Das Krankengeld darf heute nicht mehr als 75 Prozent des Grundlohnes von 30 M. betragen.

Zeit wird es endlich, daß das Reichsarbeitsministerium eine Verordnung erläßt zur Erhöhung des Grundlohnes und zwar dahingehend, daß

der wirkliche oder durchschnittliche Arbeitsverdienst als Grundlohn gelten soll.

Im schlimmsten sind aber die Knappochos- und Reichsrentner daran, die nicht mehr arbeitsfähig sind. Wir dürfen nicht zuschauen, wie diese langsam verhungern. Wir bedauern die hungernden Russen, wir jammern für sie und in Deutschland haben wir tausende von Arbeitsbrüder, die ebenso schwimmend sind. „Gefäß den hungernden Russen.“ so lesen wir Tag für Tag, und es kann ihnen geholfen werden.

Bringe aber auch nicht die „Fackel“ der Hungernden in Deutschland hinunter, es soll!

Die arbeitsunschönen Knappochos- und Reichsrentner! Gehört auch Ihnen! Überall, wo Mittel vorhanden und wo solche aufzutragen sind, in den Knappochosvereinen zuerst, nur ihnen beigebringen werden. Deshalb sorgt vor, solange es noch Zeit ist!

Berücksichtigt die Werke, welche gute Ausbeute machen, einen bestimmten Prozentsatz ihres Steinertrages

für die nach Brot hungernden „Rentner“ auszuwerten, für jene, die ihre Arbeiterschaft bei der Bergarbeit gelassen haben. Das Brot ist sehr groß Nicht auf der Straße, auf der Erde nach Brot sterben diese deutschen Armen, zu schwach, sich von ihrem Gottes zu erheben, entkräftet von Hunger und Elend, sondern im stillen Kammerlein verlößt ihr Lebendlicht.

Wo noch Reiche schlummern, muss auch Brot für die Armen gefunden werden.

An alle Parlamentarier geht dieser Rottus, den Armen eigene Rettung giebt es nun, zu helfen.

Derzeit drängt die Regierung, daß dies geschieht.

Zur Sozialbewegung im Bergbau.

Es scheint, daß die politischen Schäfer an der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ nichts besseres zu tun haben, als durch Tatsachenverdeckung die politische und wirtschaftliche Atmosphäre zu verpesten. In Nr. 727 vom 3. September bringt diese Zeitung eine Notiz über die Lohnverhandlung, in welcher gesagt wird, daß die Arbeitgeber an ihrem Standpunkt der Werberverhandlungen festgehalten, hingegen die Vertreter der Arbeiter-Organisationen sich den Ansichten der Arbeitgeber genähert hätten.

Wir verstehen, daß es der Vertreter des Grubenkapitals, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, schwer fällt, einzugehen, daß die Werkebesitzer mit ihren starken Prinzipien — unter keinen Umständen zentrale Verhandlungen — statt unter die Räder gekommen sind. Soviel Durcheinander wie dem Blatt nicht augebaut, daß es ausgerechnet am Tage nach erfolgter zentraler Lohnregelung solche unstillbare Behauptungen aufstellt. Der Zweck heißtigt die Mittel, und ist die Sache noch so dummkopfisch, findet ihr Publikum — in diesem Falle die Ankladialaten — dann ist der Zweck erreicht.

Bis zum 30. August haben die Arbeitgeber jede zentrale Verhandlung abgelehnt, ja selbst während der Verhandlungen am 1. September haben sie des öfteren noch versucht, die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen und in die einzelnen Vereine zu verlegen. Nur dem aktiven Überstande der Arbeiter-Organisationsvertreter und den Verhandlungsführern ist es aufzuschreiben, wenn trühe die derselben an diesem Tage so erhebliche Fortschritte zeitigten.

Zur Sache selbst ist noch folgendes zu sagen:

Bei den Verhandlungen am 19. August in der Reichsarbeitgemeinschaft Bergbau haben die Arbeitgeber die zentralen Verhandlungen abgelehnt, ebenso die Höhe der Förderung bestritten, sowie die Lohnverhandlungen selbst von der Einstellung der Neuverteile abhängig gemacht. Am 26. August haben dann die Arbeitgeber folgende Erklärung abgegeben:

Die bestehenden Förderungsverhältnisse lassen in allen Bergbaubezirken eine Gehalts- und Lohn erhöhung als angemessen erscheinen, deren Durchführung und Höhe von den wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Bergbauorte und Reviere abhängig sein muss. Die Arbeiterschaft ist bereit, in den einzelnen Bezirken sofort von Lohnverhandlungen einzutreten. Zu der Frage, ob die Verständigung außerdem durch sofort zu beginnende zentrale Verhandlungen gefördert werden kann, werden die Arbeitgeber baldigst Stellung nehmen; die Arbeitgeber des Kohlenbergbaus gelegentlich der unmittelbar bevorstehenden Eröffnung des Reichskohlenverbundes am 30. August.“

An diesem letzteren Tage dann haben die Arbeitgeber, gedrängt durch das Vorgehen der Arbeiterorganisationen, eine Erklärung abgegeben, nach der sie bereit waren, in zentrale Verhandlungen für den Koblenzbergbau einzutreten.

Das ist der wirkliche Tatsachenbestand und nicht, wie ihm der Bericht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ darstellt.

Auso nicht die Arbeitgebervertreter haben sich den Ansichten der Arbeitgeber genähert, sondern umgedreht, die Arbeitgeber haben durch das Drängen der Arbeiterschaft von ihren Ansichten ganz erheblich nachgelassen und sich den Wünschen und Forderungen der Arbeiter genähert.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Ruhrlohnförderung

betrug nach vorläufiger Feststellung im August 8,13 Millionen Tonnen, etwa 350 000 mehr als im Vorjahr. Die Tagesförderung stellte sich im August auf etwa 301 300, im Juli auf 299 300 und im Juni auf 307 000 Tonnen. Der August brachte also eine Förderzunahme. — Die Saargruben förderten im Juli 889 656 Tonnen, auf den Halben lagerten 242 168. Vor dem Kriege förderten die Saargruben monatlich über eine Million Tonnen. Das heute nicht einmal die bedeutend geringere Förderung abgesetzt werden kann, noch Feierschichten eingelegt werden müssen, kennzeichnet die Lage als eine müßige.

Am Braunkohlenbergbau.

Der Bericht des Vereins für die Interessen der rheinischen Braunkohlenindustrie (Eis. Köln) enthält interessante Mitteilungen über die Entwicklung der deutschen Braunkohlenindustrie seit 1913. Danach betrug die Förderung bzw. Fabrikation insgesamt und in den beiden Hauptbezirken (je 1000 Tonnen):

Dienstfeld	Rheinland	OBB-Gasse	Deutschland	Rheinland	OBB-Gasse	Braunkohlenförderung		Brikettverarbeitung	
						Dienstfeld	Rheinland	OBB-Gasse	Deutschland
1913	87 116	20 256	46 502	21 392	5 825	11 238			
1914	83 947	19 480	45 151	21 272	5 444	11 812			
1915	88 370	20 738	47 718	22 748	5 650	12 511			
1916	94 332	23 931	50 694	24 061	6 121	13 018			
1917	95 535	24 218	51 659	22 048	5	12 053			
1918	100 663	26 460	53 220	23 111	6 0	12 202			
1919	93 863	24 280	46 201	19 456	5 640	9 541			
1920	111 634	30 298	54 690	24 282	6 661	12 263			

Hiernach kommt die Gesamtförderer für Braunkohle 1920 auf 128,1 Prozent (rhein. Braunkohlenbezirk allein: 149,5 Prozent) der Dienstfeldförderung gebracht werden gegenüber nur 69,1 Prozent bei der Steinlohnförderung. Der Anteil der rheinischen Braunkohlenindustrie an der deutschen Braunkohlengeamtförderung ist seit andauernd gestiegen; er erreichte 1920 27,1 Prozent gegen 26,0, 26,3, 25,4, 25,3, 23,5, 22,5 und 22,0 Prozent in den Vorjahren zurück bis 1913. — Herr Dr. Silberberg, der Hauptverantwortliche der rheinischen Braunkohlenindustrie, griff fürsich die „Zwangswirtschaft im Bergbau“ heftig an. Vorstehende Gewinnungssätteln zeigen, daß die sogenannte „Zwangswirtschaft“ die rheinische Industrie nicht gehemmt hat.

Bei Tann in der Ahrn wurde der „Montana“-Gesellschaft für Hütt. Rohstoff- und chem. Industrie m. b. H. in Frankfurt am Main das Bergwerksgesetz an einem 2199 Quadratmeter großen Gelände verliehen. Die Gesellschaft beschäftigt, das Braunkohlenvorräumen auf diesem Gelände auszubauen.

Die neue Kalipreishöhung

beträgt durchschnittlich 32 Prozent. Die Verteilung der neuen Zuschläge auf die einzelnen Kaliwerke ergibt sich aus der folgenden Tabelle:

Auszug	Steige	Verg.	Neue	
			2.-8%	W.
Cornallis	24 024	76,5	30	99
Keinitz	2 107 442	90	80	117
20proz.	545 764	111	32	146
30proz.	242 503	124,5	36	189
40proz.	2 393 923	150,5	37	205,5
Chlorofelum 50proz.	1 212 179	172,5	37	236
Chlorofelum 60proz.	268 426	189	37	259
Schwefelsaures Kali	42 414	228	40	319
Salinomagnesia	32 520	250,5	40	359

Auf Grund der neuen Preise ergibt sich insgesamt für einen im Verhältnis der bisherigen Abschlägen angenommenen Absatz von 7 Millionen D.Zt. ein Erlös von 1,27 Milliarden Mark gegenüber einem Erlös der bisherigen Preise von 0,9 Milliarden Mark. Die Krete verlieren sich pro Prozent reines Kali. Auch die Vertreter der Landwirtschaft erklärten sich mit der Preishöhung einverstanden.

Reaktion Staatsarbeiten

Die Holländisch-niederländischen Postämter erzielten 1920 einen Umsatz von 12,8 Millionen Gulden, das doppelt so viel wie vorjährig. Das Absatzvolumen von 0,4 mit Gulden ist relativ mit Aufstellungslösungen stiegen 3,9 Mill. in die Staatspost als Postämter. Das entstehen einer Verzehrung von 6 Prozent des angelegten Kapitals.

Entwicklung der Eisenpreise.

Die Eisenpreise haben in letzter Zeit wieder stark angezogen. Nach der „Frankfurter Zeitung“ vom 4. September gestalten sich dieselben wie folgt (pro Tonne in Mark):

	Werkpreis	Stahl-Schmelzpreis	Stahl-Schmelzpreis	Stahl-Schmelzpreis	Stahl-Schmelzpreis	Stahl-Schmelzpreis

<tbl_r cells="7" ix="3" maxc

zahlen. Die Arbeitnehmer müssen auf der Hut sein, damit das Umgehen des Betriebsrätegesetzes verhindert wird.

In solchen Fällen bleibt nur die Klage vor dem Gerichtsgericht übrig. Erinnern die Arbeitnehmer rechtzeitig, wie die Schubbestimmungen ausgeschaltet werden, wird es sicher gelingen, diesen Vorstoß der Arbeitgeber kräftig zu parieren.

Berufliche Rechte des deutschen Betriebsrätegesetzes.

Der Kongress des belgischen Metallarbeiterverbandes beschäftigte sich mit dem Problem der Arbeitskontrolle. Als Grundlage der Besprechung diente das Gutachten einer von ihm eingesetzten Kommission über das deutsche Betriebsrätegesetz. Dieses Gutachten ist folgendes Urteil darüber: Im deutschen Gesetz sind die Befugnisse der Betriebsräte zu bestreiten; diese können eine wichtige Kontrolle nur bezüglich der unmittelbaren Interessen der Arbeiter und Angestellten ausüben. Bezüglich der Betriebsleitung und der Ergebnisse der Produktion haben sie jedoch nur das Recht, den Bericht des Betriebschefs zeitweise entgegenzunehmen, ohne daß der letztere verpflichtet ist, Beweisdokumente dem Betriebsrat vorzulegen.

Andererseits verfügen die deutschen Betriebsräte über Rechte, welche eigentlich den Gewerkschaften zufallen sollten. Die belgische Kommission meint, daß die Kontrollrechte geteilt werden müssen: die Betriebsräte sollen die Produktion, den Verkauf und die Gewinne kontrollieren, während den Gewerkschaften die Regelung der Entlohnungsbedingungen, der Arbeitsverhältnisse und die Kontrolle der Tarifverträge obliegen soll.

Die Kommission wünscht endlich, die Arbeitskontrolle zunächst nicht auf dem Wege der Gesetzgebung, sondern durch Vereinbarung mit den Unternehmen einzuführen.

Internationale Rundschau.

Elsach-lothringischer Einigungskongreß.

Das Organ (Nr. 16) der elsach-lothringischen Bergarbeiter teilt mit, der *Verchévelsiongskongreß* in Bayeux habe die Erarbeitung der Vernehmungsrechte "voll und ganz erfüllt". Die Einigung der Bergarbeiterverbände in Elsach-Lothringen zu einem Verband sei nach kurzer Diskussion "nahezu einstimmig beschlossen" worden. Die Gegner hätten sich nicht mit den vorgeschlagenen Unternehmungseinrichtungen befriedigen können. Der revolutionäre Charakter des Verbandes sei in einer Prinzipienklärung deutlich zum Ausdruck gekommen. Das neue Verbandsstatut mache aber ersichtlich, daß auch die praktische Gewerkschaftsarbeit nicht vernachlässigt werden sollte. Aus einem in der folgenden Nummer (17) des "Travailleur du Sous Sol" erläuterten ausführlichen Kongreßbericht ist zu entnehmen, daß der Verband wohl aufzudecken gekommen ist, aber nach einer Debatte, in dessen Hintergrund die heftig umstrittene Frage nach der politischen Orientierung der Organisation stand. Der "Travailleur" erklärt uns gegenüber, daß die neue Verbandsmeinheit den Prinzipien Moskau's huldige, aber keine tugendhafte Konsolidierung wolle. Letzteres freut uns. Wir sehen aber auch, daß sich wiederum eine Teilung der Kräfte vorbereitet, insbesondere eine Gruppe von Bergleuten, die keine Anhänger Moskaus seien wollen, eine Sonderorganisation erstreben. Selbstverständlich bedauern und bekämpfen wir jede Ersplitterung der Bergleute, zumal es daran, auch in Elsach-Lothringen, schon nicht fehlt. Die im Rahmen unserer Standpunkte. Wir bestreiten gewiß nicht das Recht jedes Kameraden, sich nach Belieben parteipolitisch zu organisieren. Was wir aber als ein Uebel beurteilen, das ist die Methode, eine gewerkschaftliche Organisation, die allen Berufsgenossenschaften offen stehen muß, wenn sie leistungsfähig sein will, parteipolitisch einzustellen, so daß sich politisch unterschiedene Kameraden darum fernhalten. Eine Gewerkschaft muß sich unabhängig von allen parteipolitischen Gruppen halten. Das werden die elsach-lothringischen Verbandsleiter noch erkennen müssen, wenn sie gewerkschaftlich aktiv tätig sein werden. Wir wünschen im Interesse der Kameradschaft, daß die elsach-lothringische Verbandsleitung dies recht bald erkennt. — Wir berichten, daß ab 15. September in der elsäffischen Stahlindustrie keine 15-, sondern 20prozentige Lohnreduzierung eintritt.

Der Streik auf der holländischen Dominalgrube

zur Abwehr starker Lohnabfälle dauert nun über 1½ Monate. Die gefaßte Beleidigkeit ist einzig im Abwehrkampfe. Sie erwarten von den deutschen Bergleuten, daß sie kein Arbeitsangebot aus Holland annehmen.

Der britische Gewerkschaftskongreß

wurde am 6. September in Cardiff eröffnet. 550 Delegierte vertreten über 5 Millionen Mitglieder. Der Kongreßpräsident Poulton erklärte in seiner Eröffnungsansprache, die Gewerkschaften müßten neue Methoden zur Verbesserung ihrer Ziele einführen. Gewalttätige Mitteln müßten überworfen werden. Die herrschende große Arbeitslosigkeit verurteile die bestehenden Zustände und erfordere gründliche wirtschaftliche Reformen. — Über den Kongreßverlauf werden wir berichten.

Krieg im rheinischen Bergbau.

Der Lohnvertrag im Ostrauer Kohlenbergbau wurde gekündigt. Die Unternehmer beschließen eine starke Lohnreduktion. Mit dieser Lage beschließt sich eine Gefährdung des Vorstandes und der Bezirksleitungen unserer Bruderorganisation, der Union in Torn. Dort wurde, nach dem "Gildauf", festgestellt, daß auch die Bergwerksbesitzer in den übrigen Revieren planmäßige Versuche unternehmen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter zu verschlechtern. Die Ursachen der gegenwärtigen Kohlenkrise sind auf keinen Fall in zu hohen Bergarbeiterlöhnen zu suchen. Die Reichskonferenz aller Bergarbeiter hat die wirklichen Ursachen der Krise aufgezeigt und Maßnahmen zu deren Belebung oder Widerlung in Vorschlag gebracht. In dieser Beziehung hat die Regierung nicht das mindeste auch nur versucht, um die dort vorbeschlagene Maßnahmen durchzuführen. Die Lebenshaltung der Bergarbeiter ist eine derartige, daß in eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen unter keinen Umständen eingewilligt werden kann. Nach unbedeutlicher Preisabschaffung einiger weniger Bedarfssortikel, nach einem mehrmonatigen Stillstand der Preistreibungen ist in der letzten Zeit ein neuerliches und stetes Steigen der Preis wichtiger Lebensbedarfssortikel feststellbar. Bei Umbauern dieser Bewegung ist ein Ausgleich in der Lebenshaltung der Bergarbeiter durch entsprechende Lohn erhöhungen erforderlich. Die Kündigung des M.-Ostrauer Lohnvertrages gilt nicht nur den Möhrisch-Ostrauer Bergarbeitern, sondern wird als eine Krise aller Bergarbeiter angesehen. Der Unterverstand beantragt, daß eine dementsprechend erweiterte Sitzung der lokalen Bergarbeiterverbände sich ausschließlich mit dieser Angelegenheit beschäftige und erwartet, daß die Möhrisch-Ostrauer Bergarbeiter ohne Einverständnis mit den Organisationen seinerseits verbindliche Abmachungen mit den Unternehmern treffen und durch keine Handlungen den Beschlüssen der Verbände vorgehen.

Am 31. August hielten die drei verbündeten Bergarbeiterverbände Tschechoslowakiens in Prag eine Vorstandssitzung ab unter Leitung der Bezirksleitungen. Man wurde sich einig, die Kameraden in Mähren-Ostrau und Nassau, wo die Unternehmer den Tarifvertrag kündigten, um Lohnkürzungen herumzuhören, aufzutreiben. Tarifverhandlungen, die diesen Zweck haben, obzulösen, aber auch keinen vertraglosen Zustand zu akzeptieren. Schließlich mußte vor der Unterzeichnung eines neuen Tarifs dieser den vereinigten Tarifvorständen vorgelegt werden. (Unsere tschechoslowakischen Kameraden räumen also auch auf eine zentrale Tarifregelung.) Sollten die Verhandlungen ergebnislos sein, so werde eine Reichskonferenz der Bergleute über die weiteren Maßnahmen entscheiden. Die Bergleute könnten in keine weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage einwilligen. Die Tarifkonferenz richtete an die Regierung, deren Unlöslichkeit scharf kritisiert wurde, folgende Forderungen: 1. Aufhebung aller Ausfuhrbemäßigungen und sonstigen Hemmungen der Kohlenausfuhr. 2. Regelung der Bahntarife nach dem Prinzip der transportierten Gütern. 3. Herabsetzung der Kohlensteuer. 4. Gemeinkostenschaffende Regelung der Kohlenwirtschaft als Überleitung zur Sozialisierung.

Moskauer Internationale und britischer Bergarbeiterkampf.
Die "unionistischen" und "kommunistischen" Maßnahmen fahren fort, die freigewerkschaftlichen Zentralverbänden ("Amsterdamer") zu beschuldigen, "nichts" für die kämpfenden britischen Bergleute getan zu haben. Da es zwecklos ist, gegen bewußte Lügner zu polemisiern, sei hier registriert, wie die in Berlin erscheinende kommunistische Arbeiterszeitung urteilt. Sie schreibt:

Während sogar die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale befreit hat, durch sozialistische Solidarität den Kampf der englischen Bergarbeiter zu unterstützen, während sie sich bemüht, den Transport von Steinkohlen aus dem Ruhrgebiet und dem Saargebiet nach England zu verhindern und diesen auf dem Markt zu kontrollieren,

Steinkohle zu versenden, ist die dritte Internationale (Moskau) gegenüber dem Kampf der englischen Gewerkschaften stumm und unätig geblieben.

Das genügt. Unser Bergarbeiterverband hat den britischen Kameraden 2½ Millionen M. Unterstützung gespendet. Die "Kommunisten" aller Grade haben sich mit "stammenden Nieden" begnügt.

Hilfe für das russische Volk.

Die proletarischen Organisationen in der Tschecho-Slowakei haben einen "Arbeiterausschuß" eingesetzt, dem die Verwaltung eines Hilfsfonds für Russland untertragen wurde. Vom Beirat des gemeinsamen Arbeitsausschusses wurden die drei Gewerkschaftszentralen der Republik aufgefordert, während vier Wochen, von der zweiten Augustwoche beginnend, den Lohn für eine Arbeitsstunde pro Woche von ihren Mitgliedern einzuhalten und an den russischen Hilfsfond abzuziehen.

Die drei Gewerkschaftszentralen haben in einer gemeinsamen Beratung beschlossen, daß die Einziehung der Beiträge darauf geschieht, daß die Mitglieder ihren Beitrag zum russischen Hilfsfond bei ihrer augehörigen Organisation leisten.

Alle Vertrauensmänner, Postlerer, Betriebsräte der Bergarbeiterunion werden aufgefordert, diese Aktion schon bei der kommenden Lohnzahlung durchzuführen.

Einen dementsprechenden Aufruf veröffentlicht unser Brudersblatt "Gildau", unterzeichnet von den Kameraden Farolin und Pohl. Geht hin und tut beispielhaft.

Siebzehn Millionen Arbeitslose

werden in den Vereinigten Staaten von Nordamerika gezählt! Nicht kann schwärter die Unholzbarkeit des sozialistischen Profitsystems kennlich machen als dieses Arbeitslosenelend in dem überreichen Amerika.

Anappelloftliches.

Für die Invaliden, Witwen und Waisen.

Um die durch die Preissteigerung der Lebensmittel während des Krieges in äußerste Not geratenen Invaliden, Witwen und Waisen zu schützen, beantragten die Vorstandsräte im Allgemeinen Knappelschaftsbund, daß neben derrente an die bedürftigen Invaliden, Witwen und Waisen eine Leistungsauflage zu zahlen sei. Diese Zulagen sind während des Krieges eingeführt und werden vom Bergbauverein Essen allein getragen.

Der Invalid, welcher weniger Einkommen hat als monatlich 300 M., erhält 42 M. Die Witwe erhält, wenn das Einkommen monatlich 200 M. nicht übersteigt, 31,50 M. und für jedes Kind unter 15 Jahren werden 10 M. monatlich gezahlt.

Invaliden, Witwen und Waisen befinden sich z. B. durch die Versteuerung der Bedarfsartikel in einer sehr üblichen Lage. Aus diesem Grunde beantragen die Vorstandsräte, im Monat August, die Zulage um 100 Prozent zu erhöhen. An der am 8. 9. tagenden Vorstandssitzung wurde der Antrag besprochen. Die Arbeitnehmer erklärten die Zulage an und erklärten sich bereit, beim Bergbauverein vorstehen zu werden damit der Antrag zugunsten der Invaliden, Witwen und Waisen zur Erledigung kommt.

Durch Gesetz vom 23. Juli 1921 ist das 4. Buch der Reichsversicherungsordnung über die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung geändert worden. Es werden anstelle der bisherigen 5 jetzt 8 Lohnklassen gebildet und die Beiträge und Leistungen erhöht. In der 5. Klasse verbleiben sämtliche Arbeiter in der höchsten (5. Lohnklasse) verfestigt. Der Vorstand beschloß, probeweise für ein Jahr auch jetzt wieder sämtliche Versicherten in der höchsten Lohnklasse zu belassen.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtbezirk Dortmund.

Ein beherzigenswertes Bekanntnis.

"Die wichtigste Aufgabe ist heute der Schutz und die Stärkung der demokratischen Republik. Dies muß einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. Es muß aufführen, daß man glaubt, sich die Hände zu zerbrechen, wenn man von Demokratie und Republik, wenn man von der Weimarer Verfassung spricht. Ich muß niemand einen Geschwindigkeitswechsel zu, aber es geht nicht an, auf dem Boden verschwundener Herrlichkeit eine Politik aufzubauen."

Diese Sätze sprach am 6. September in Essen in einer Massenversammlung katholischer Arbeiter der Reichspostminister Giesberts, bekanntlich einer der ältesten Führer der christlichen Gewerkschaften. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß sich Giesberts Aufrufung auch an zahlreiche seiner Parteigenossen richtet, die keineswegs die Mordherrschaft gegen Erzberger bekämpft haben, sondern ihr durch Verunglimpfung des ermordeten Vorschub noch geleistet haben. Die Erzbergerfeindschaft der zentralistischen "Essener Volkszeitung" ist dafür Beweis genug. In derselben Versammlung erklärte der erste Referent, Zentrumsabgeordneter und Redakteur der "Westdeutschen Arbeiterzeitung" (M.-Gladbach) Joos:

"Erzberger ist von den Rechtsparteien zu Tode gehext worden durch eine langjährige wässre, systematische Feindseligkeit persönlicher Art."

Diese Feststellung aus diesem Munde ist von besonderer Wichtigkeit; ergibt sich doch aus ihr, daß die führenden Kreise in der katholischen Arbeiterschaft die Beweggrinde des Mordes genau so beurteilen, wie die Vertreter der freien Gewerkschaften. Dass es sich um einen politischen Mord handelt, erklärt auch die "Bergwerkszeitung" (4. Sept.), die übrigens die Freibestat scharf verurteilt und mißgestimmt bemerkt, durch die Tötung Erzbergers sei die "Erzbergerei" gefördert worden. Es hilft der nationalistischen Presse nichts, daß sie sich nun framhaft bemüht, ihre Engelschuldhilf zu beteuern. Die Gegenweise liegen in erdrückender Höhe vor; auch noch aus der Zeit nach der Mordtat. Besonders widerlich ist es, daß sich die Mordfreunde auch noch den Mantel der Christlichkeit umhängen. So wurde bei einer deutschnationalen Siegesfeier über den gelungenen Mord gesungen:

Nun dankt alle Gott
Für diesen brauen Mord.
Den Erzhalunken schaft Ihr ein,
Heilig soll uns der Mörder sein!
Die Fahne schwarz-weiss-roit."

Angesichts einer solchen Gefühlsverrohung denkt man unwillkürlich an das Geschehen der "Deutschnationalen" über die Erze des Berges der angeblichen "Kommunisten". Wir haben nicht damit gemeint, bekämpfen sie wie jede brutale Gewaltsherrschaft. Aber wer den Mörder eines politischen Gegners "heilig" spricht, der hat jedes Recht zur Verurteilung der Untaten anderer verbüßt: Lassen wir uns nur nicht täuschen durch das Unschuldsgetue der Nationalisten und Militaristen. Seien wir auf der Wacht! Das von der Massenversammlung der katholischen Arbeiter stürmisch begrüßte Bekennnis Giesberts zur Demokratie und Republik möge verum überall, wo Loyalität und Haltlosigkeit noch einzustellen wolle, beherzt werden.

Herr, vergib ihnen...

Ein Kamerad teilt uns folgendes Erlebnis mit:

In der Werkstatt der Firma Hermann in Selm war eine Bekanntmachung der freien Gewerkschaften ausgedehnt, worin um rege Beteiligung an einem geplanten Zugzug für Samstag ersucht wurde. Ein neuer mit scheinbarer Kameraderie bemerkte ironisch dazu: "Jeder muß 1000 M. mitbringen." Ich frag' ihn, ob er nicht mitgehen wolle.

Antwort: "Ich gehöre keinem Verein an." Ich wies darauf hin, daß er doch einem Verein angehört, dem Verein der Unorganisierten. Er sagte "nein", er sei bei der Union, weil er dort am wenigsten beschäftigt sei. Und das sei die Hauptseife. Wenn er nicht organisiert sein möchte, wäre er auch nicht bei der Union.

Ich entgegne ihm, daß es noch eine billigere Organisation gebe: die SED. Er war neugierig, und ich erklärte ihm, er müsse zum Betriebsführer gehen wegen der Aufnahme, die Beiträge würde die SED gegen die Betriebsverwaltung zahlen. Antwort: "Da will ich mal hingehen."

Gestalte öffentliche Bergarbeiterversammlung.

Das kann so: Um wieder Leben in die Sache zu bringen und die

versammlung in das Boolesche Lokal zu Sonntag, den 4. September ein. Tagessordnung: Die Lohnbewegung der Bergarbeiter und Stellung dazu.

Weil auf den kommunistischen Partei heute fast niemand mehr traut, mußte die jegliche Lohnbewegung der Bergarbeiter für die Stärkung der kommunistischen Partei ausreichen werden. Die Mitglieder der kommunistischen Partei teilten aus wie Schädel und, und da heißt es für die Parteileitung, alles zu versuchen, um der Flucht Einhalt zu bieten. Die öffentliche Versammlung in Langenbeck war verhältnismäßig gut besucht.

Der auf den Versammlungspolkolen angeläufige "ökologische" kommunistische Referent blieb trotz des Stundenlangen Wartens aus. Der Versammlungsleiter teilte nun mit, daß der angeläufige "ökologische" Referent nicht erscheinen sei, jedoch im Saale befindet sich ein Diskussionsredner, der Kamerad Otto (Bochum), der wohl in der Regel über den Stand der Lohnbewegung der Bergarbeiter Auskunft zu erteilen. Kamerad Otto teilte zur Geschäftsführung mit, daß er bereit sei, über die Lohnbewegung Auskunft zu erteilen, jedoch nur bis 10 Uhr. Lehnte gründlich ab, hier Unionen, Syndikatissen und Unorganisierten, diesen Beitragszuschüben Elementen, irgendwelche Auskunft zu erteilen; er beantragt somit die kommunistische öffentliche Bergarbeiterversammlung zu schließen und eine Mitgliederversammlung des alten Bergarbeiterverbandes daraus zu machen. Dicke Antrag schloss sich die überwiegende Zahl der Kameraden und auch der Versammlungsleiter, Kamerad David, an. Er schloß kurzer Hand die kommunistische öffentliche Bergarbeiterversammlung, eröffnete die Mitgliederversammlung des Verbands und forderte diejenigen auf, die den Bergarbeiterverband nicht angehören, sofort den Saal zu verlassen. Auch die, die sich Unionen und Syndikatissen schimpfen. Daß dieser Hinauswurf aus der öffentlichen kommunistischen Bergarbeiterversammlung den Beitragszuschüben nicht schmiede, zumal sie sich um das Zustandekommen der Versammlung die Hände abgeküsst hatten, um dem Bergarbeiterverband mit dem "ökologischen" Referent eins auszuwischen, versteht es sich am Rande. Daß man auch noch so "hervorragenden" Vorstandsmitgliedern in ihrer eigenen Versammlung und an der Kasse so etwas passieren könnte, föhren ihnen erst unbegrifflich. Der Rat gehorchen, lieben sie sich die Mark Eintritt zurückzahlen (obwohl abgeschlossen wurde, die Gründung dem Komitee für das hungrige Rußland zu überlassen) und verlassen das Lokal.

Hier konnte man sehr gut die Opferwilligkeit der Kommunisten für das hungrige Rußland studieren. "So etwas ist wohl noch nicht da gewesen, daß man aus eigener Versammlung hinausgeworfen wird", schimpft auf die Verbandszuschüben gesäuert worden war, die wohl enten aber nicht können wollten, konnte Kamerad Otto den Mitgliedern über den Gang der Lohnbewegung Mitteln machen. Wer in der Versammlung war, der weiß, was mitgeteilt wurde. Über die Kommunistische öffentliche Bergarbeiterversammlung und den Hinauswurf der Beitragszuschüben kommen Kameraden herzlich gelacht. Gegenüber den Beitragszuschüben, welche das größte Hindernis für einen gesunden Fortschritt bilden, sollte auf der ganzen Linie so vorgegangen werden. R. Otter.

Wie man aus Hue einen Bischöflichen macht.

Nicht genug damit, daß die rechtsstehende Presse unseren Kameraden Hue zu einem Bischöflichen stempelt, jetzt kommt auch noch eine kommunistische Zeitung, die dasselbe behauptet. Eigentlichlich ist es, daß nicht nur die Begründung, sondern auch die Argumentierung bei beiden Seiten dieselbe ist, und daß die Kommunisten sich ihre Beweise bei den Kapitalisten borgen. Die kommunistische Düsseldorfer "Freiheit" — eins der minderwertigsten kommunistischen Pressezeugnisse — brachte am 5. Sept. d. J. eine Notiz, überschrieben: "Hue, der Bischöfliche". Um den Leser nicht um einen gewissen "Genuss" zu bringen, drucken wir nochstehend die Notiz wörtlich ab:

"Der Bolschewismus besteht nach der Aussöhnung

die eigene Sache gegeben, daß Göbel nicht entlassen würde. Eine gewisse Erwartung dieses Falles ist bereits im Gange. Wenn auch gegen den Ausbruch die syndikalistische Mitgliederversammlung dennoch nichts stand, so war sie doch von außfällig kurzer Dauer und nach diesem entlaufen einige eurer Mitglieder wieder ihren Rücktritt zum Verband.

Sehr unhöflich ist das von euch geglaubte Gericht, Martin Müller über die Besitzleitung unseres Verbandes hätten im letzten Streik die Bergarbeiter-Polizei zu ihrem Schutz gerufen. Die Polizei ist infolge der Pläne vor der "Vergewaltigung" im Interesse der öffentlichen Ordnung erschienen.

Der Vorwurf gegen unseren Verband, worum wir die Engländer bei ihrem letzten Streik nicht durch einen Sympathiestreik unterstellt haben, ist ungültig. Die Engländer sind mit uns zusammen im Internationalen Bergarbeiterbund. Hätten sie uns zum Sympathiestreik aufgefordert, so hätten wir diesen vielleicht geführt, um damit unsere Lage mit zu drosseln. Die Engländer haben uns jedoch nicht aufgefordert mitzustellen, weil die Engländer, an der Grenze des Ruhrgebietes liegend, im Halle eines deutschen Generalstreiks, das Ruhrgebiet sofort besetzt und dort den Streik durch Maßnahmen erstickt hätten. Nachdem wäre Saarland instande gewesen, aus dem Ruhrgebiet noch mehr Kohlen herauszuholen, als dieses nach dem Abkommen von Spa möglich war. Unter Sympathiestreik hätte also den Engländern außerordentlich geholfen.

Alle anderen gegen unseren Verband und dessen Angestellte erhobenen Vorwürfe lassen sich in derselben Weise widerlegen. Wenn ihr noch abweist, so haben wir euch ein, kommt in unsere Mitgliederversammlungen, neigt Ehrfahrung mit unseren Verbandsmitgliedern, und mancher Streit wird sich auslösen. Nicht arbeiten stellen und schimpfen, sondern mit unseren Kameraden beraten und kämpfen sollt ihr.

Immer mehr und mehr sehen viele von euch ein, daß sie überreift geworden sind, als sie unserem Verband den Rücken lehnten und diese von euch bedauern, ihnen unbedacht einen Schritt, schämen sich jedoch, ihren Rücken einzugehen. Diese rufen wir zu: Fühl Mut, kommt zu uns hinzu! Soeben von euch, der zurückkommt, hat die Möglichkeit, durch Freunde unserer Brüder in seine alten Rechte bei uns wieder einzutreten. Eure alten Mitgliedschaften erachten ihr zurück. Bis zum 15. September d. J. sind zum Nassfelden auch noch unsre niedrigen, bis dem 1. August alljährigen Beitragsmärkte erhältlich. Zurückkehrende, welche auch bei unseren Vertrauensleuten und Unterlassern! Soeben, der seine Fehler einseht und versteuert, ist ein Mann! Angeschaut der FDP über die Arbeiterschaft bereinbrechenden Leistung brauchen wir die Gesellschaften und Einigkeit so notwendig wie der Hungernde ein Stück Brot. Nicht durch Preisgabe bereits errossener Rechte, sondern durch keiner, alle Betriebsbildung und wirklichen Ausbau können wir vorwärts kommen. Nicht syndikalistisch, lose vereint, sondern zentralistisch, fest zusammengefloßen werden wir uns dem Kapitalismus gegenüber behaupten können.

Mit Kameradschaft! Glückauf!

Kreide, im September 1921. Frz. Lauterbach.

Das "Kreis" von Gelsenkirchen.

In Gelsenkirchen am 4. September ein Unionistenkongress zusammengetreten. Vertreten war die Union Gelsenkirchen mit 170, der Freie Landarbeiterverband mit 15 und der Hand- und Fabrikarbeiterverband mit 24 Delegierten. Die Tagung nennt sich "Vereinigungskonferenz der F.A.U. Deutschlands" und erachtet die Vereinigung der vorgenannten Organisationen. In den Geschäftsbüchern gehen diese Organisationen folgende Mitgliederzahlen an: Gelsenkirchen 90 000 in Westfalen-Westfalen, 10000 in Mitteldeutschland, 15 000 in Oberschlesien; Hand- und Fabrikarbeiter 6231 und der Landarbeiterverband 24 500. Ob diese Zahlen stimmen, läßt sich nicht nachprüfen, weil der Kassenbericht fehlt.

Wir entnehmen diese Zahlen dem kommunistischen "Klassenkampf" in Gelsenkirchen. Nach diesem ging es auf dem Kongress recht laut zu und man ist beim Lesen oft im Zweifel, ob es wirklich ein Kongressbericht oder eine humoristische Absonderung des Simplifikatums ist. Wir werden später ausführlicher darauf eingehen. Heute bemerken wir nur noch, daß der "Klassenkampf" den Unionisten folgendes sagt: "Sie müssen sich daran erinnern, daß sie nur durch die Versplitterungstendenzen der Gewerkschaftsinternationale entstanden sind und ein notwendiges, aber unmögliches Bildnis haben". Die Versplitterungstendenzen ist kommunistischer Klassisch, dem Ausdruck Uebel pflichtig, wir bei. Ein Uebel ist der ganze tödliche Klassizismus.

Gewissenswert ist noch, daß der Kongress die Einigung der vorhandenen Verbände und Verbändchen vollzog und mit 298 gegen 48 Stimmen die Unterwerfung unter Moskau beschloß. Die "Unionen" erklärten, daß sie auch wieder der KPD beitreten werden.

Der Kaiserliche Hof.

Ein im westdeutschen Industriegebiet erscheinendes nationalsozialistisches Blatt berichtet gewohntsgemäß von "Schieber-Republik". Wo der Riesenumfang geschlossen und gekämpft worden ist, während in den Bergarbeitermärkten der Hunger wütete, das zeigt uns folgende Liste der Lebensmittel, die noch im November 1918 im Berliner Schloss Wilhelmshöhe in Hohenholz aufgesunken wurden. Es handelt sich in erster Linie um:

20 600 kg. Weizenmehl,	248 kg. Tee,
4 400 Rogenmehl,	35 Kaffeesatz,
900 Kartoffelmehl,	11 795 Gemüselorberen,
900 Erdbeermehl,	790 Karmelade,
1 125 Erbsen,	2 830 Fruchtconferen,
75 weiße Bohnen,	820 Fruchtkonfitüren,
300 Grauben,	270 Fleischkonserven,
225 Leinmaren,	14 Joghurt,
1 350 Getreie,	1 141 Seife,
75 Haferflocken,	1 095 Soda,
225 Reis,	187 Liter Fruchtaufschw.
8 192 Brot,	1 905 Flaschen Sahne.

Soße Riesemengen Lebensmittel wußte sich die Kaiserliche Hofhaltung zu einer Zeit zu beschaffen, wo die breiten Volksmassen sich mit unüberdrücklichen "Etagenmittel" befassen mußten. Um diese großen Lebensmittelvorräte entgegen den beherrschenden Nationierungsverschriften aufzunehmen zu schließen, mußte eine besondere Schieberorganisation dem Kaiserlichen Kriegsministerium zur Hand sein. Wer der größte Schieber und Kämpfer war, unterlegte nun wohl keinem Zweifel mehr. Also stand an das schöne Lied: "Hell dir im Schieberkraut!"

Aus dem Saargebiet.

Der Verlauf unserer letzten Bezirkskonferenz hat bewiesen, daß eine wichtige Mehrheit der Kameraden die gewerkschaftlichen Aufgaben unseres Verbandes immer klarer erkennt. Von ganz vereinfachend abgesehen, haben alle die zahlreichen Diskussionsredner die Unabhängigkeit einer streng gewerkschaftlichen Haltung der Organisation unbedingt und gesetzlich auf jüngste Kameraden, die sich politisch zur kommunistischen Partei richten. Der so großen Schwierigkeiten, die eine gewerkschaftliche Schulung der Belegschaft gerade im Jahrabschluß und -anfang die hauptsächlich bereitet werden, muß man entscheiden, doch ein Teil unserer Kameraden nimmt noch unzureichende Voraussetzungen von dem Wesen einer Gewerkschaft hin. Diese Kameraden sind selber immer noch der Meinung, daß Gewerkschaften sage ich so oder so eine politische Partei entziehen, wenn sie sich auf irgend einen parteidienstlichen Programm verpflichtet. Unsere vielen jüngsten Kameraden und wir freuen uns, daß wir recht viele junge Käufe gewonnen haben — haben noch nicht die Erfahrungen der Veteranen hinter sich, die aus der Geschichte der jüngsten inneren Kämpfe im verlorenen Reichslande gelernt wissen, wie eine wirtschaftliche Arbeiterschaftorganisation ohne Käufe um Partei oder religiöse Konfession auf den Hand gebracht wird. Unser Kamerad Huwe hat in der Bezirkskonferenz über dies Thema sehr beherzigenswerte Mitteilungen gemacht. Der Eindruck dieser Rede war offensichtlich ein sehr starker. Sie erfuhr die nach seiner Richtung sehr zahlreich anstreitenden Anhänger Moskaus, doch ja nicht als gelegentliche Versammlungssitzung zu schließen, die Mehrheit der Kameraden sei ihrer Meinung. Wie recht Huwe hatte, wurde am folgenden Tage bestätigt durch die Befreiungserklärung in Trier. Ein hiesiger Kamerad berichtete über die Teilnahme aus dem Saargebiet an der Bezirkskonferenz folgendes:

Ein großes Maßkörps folgt dem anderen, eine Saarparade der einen, ein prächtiges Komitee dem anderen. Einzelheitlich sind sie verschieden, so Lederhosen und Überhauben haben, ihrem Bischof zu danken, daß er auch an der Seite, in großer Art der Saar, treue Käufe der Käufe immer wieder in den Käufen waren. In der Hoffnung des großen, aber leichtigen Sieges, Siegerkäufe, Käufekäufe, es nimmt die Käufe sehr ernst, ist gar mit 450, Plättlingen, das "unverbesserlich" verdeckt. Und immer noch kommen neue Käufe.

Dubios ist zumal sehn die Kommunisten als ihre Hochburg an. Gorde von hier war der Zugang nach Trier ein äußerst starker. Kein vernünftiger Mensch wird glauben, daß diese Masse von Demonstranten für Bischof Gorde mit Lenin und Trotzki sympathisierten. Eine Organisation, die sich unter den Einfluss der russischen Diktatoren stellt, wird im Ernstfall nicht auf die Saargebiete mitspielen können. Das muß allen unseren Kameraden einleuchten. Unser Bergarbeiterverband aber stellt sich unabhängig zu allen politischen Parteien und verlangt von keinem Mitglied ein Ausgeben seiner religiösen Überzeugung. Das ist die Grundlage, auf der eine mächtige Gewerkschaft allein aufgebaut werden kann. Unser Kamerad Husmann hat dies eindringlich verfestigt. Er führt den unüberleglichen Nachweis, daß noch kein Verbandsmitglied, nur weil er Kommunist ist, von uns ausgeschlossen wurde. Nur wenn die Betreffenden dazu übergehen, Sonderorganisationen, Käufen oder Fraktionen innerhalb des Verbandes zu bilden oder zu unterstützen, dann mußte statzumöglich der Ausschluß, nachdem wiederholt geworben worden war, erfolgen. Das dadurch auch Kameraden, die sich Verdiente um die Organisation erworben haben, betrachten werden sind, bedauern wir besonders. Husmann hat so klar wie nur möglich gezeigt, daß der Verband sich absolut nicht um die parteidienstlichen Käufe kümmert, wenn sie außerhalb des Verbandes geschah. Da kann jeder gleich werden nach seinem Gutdünken. Aber jeder muß bedenken, daß im Verband Angehörige einer ganzen Anzahl verschiedener parteidienstlicher und religiöser Gruppen vertreten sind. Gestalten wir einer die Bildung von "Fraktionen" im Verbande, können wir es den anderen nicht verbieten und dann ist der Verband zerissen. Die Beiratkonferenz hat durch die Annahme einer Resolution bewiesen, daß sie keine Beiräte, sondern feste Einigkeit will, und somit den Standpunkt des Verbandsvorstandes billigt. Es wäre ja auch verbrecherisch an der Bergarbeiterkäfe gehandelt, wenn gerade heutige, wo das Gründungskapital sich zur Verschlechterung der Bergarbeiterlage anschickt, in sozialistischer Verbündung die Käufe der Arbeiterschaft zerissen würden. Sicherlich verlängern hinen rum, Gedingebrud, mischenden Behandlung der Gewerkschaften, indirekte Beschuldigung der urakten Deputatkäufenrechte und sind Gegenstand bitterer Bekämpfung der Kameraden. Wollen wir nicht wieder willig in die alte saarstädtische Gewerkschaft verfallen, dann bedarf es dazu unserer Einigkeit, so fest wie Era und Geisen. Dieser Gedanke hat unsere Beiratkonferenz bestellt. Toleranz und Käufekäfischen Verständnis abweichender Ansprüchen, strenge Ausschaltung von parteidienstlichen und religiösen Streitigkeiten aus unseren Käufekäufen. Das tut dem Saarbergmann gut, damit überstehen wir alle Anslüsse gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft.

Kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften.

I. Das Verhältnis der Gewerkschaftsfraktionen zur Partei.

1. Die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen unterstehen in ihrer ganzen Tätigkeit den Parteorganen. Diese haben jederzeit das Recht und die Pflicht, die Tätigkeit der Fraktionen zu kontrollieren, bestimmte Untersuchungen zu geben, Beschlüsse aufzuhören oder zu fortsetzen, nichtigen Funktionärschauburgen und unter Umständen selbständig Fraktionsversammlungen zu veranstalten. Jede Fraktion ist als Ganzes genau so streng an die Parteidisziplin gebunden, wie jedes einzelne Parteimitglied. Um ein gedehntes und reibungsloses Wirken unserer Parteidisziplinen in den Gewerkschaften zu sichern, und um den objektiven Gefahren entgegenzuwirken, die sich durch eine allmähliche Herausbildung einer Arbeiterschaft ergeben, sind alle Parteidisziplinen verpflichtet, in der Partei und in den Gewerkschaften zu arbeiten.

Damit noch deutlicher als bisher zum Ausdruck kommt, daß die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre der Gesamtpartei untergeordnet sind, tritt an Stelle des bisher gebräuchlichen Namens "Käufekäfischen Gewerkschaftszentrale" in Zukunft folgende Namensbezeichnung: "Zentrale der KPD, Gewerkschaftsabteilung". Ebenso erhalten alle örtlichen Verbände der kommunistischen Gesamtfraktionen den Namen: Gewerkschaftsabteilung.

Verbandsmitglieder, welche sich parteidienstlich zum Kommunismus bekennen, werden, wenn sie nicht von vorher erlaubt, aus dem Verband ausscheiden wollen, die Beschlüsse der Käufekäfischen Gewerkschaften bestimmen weiter die Richtlinien:

2. Alle Parteimitglieder sind anzuhören, sich gewerkschaftlich zu organisieren und in den Organisationen im Sinne der kommunistischen Grundsätze zu wirken. Funktionäre der Partei können nur solche Mitglieder werden, die gewerkschaftlich organisiert sind. Ausgenommen sind nur solche Mitglieder, die die eine Berufsorganisation nicht bestehen und die wegen ihres Wirkens als Kommunisten aus den Gewerkschaften ausgeschlossen sind. Den nichtkäufekäfischen Gewerkschaften dürfen Parteidisziplinen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Bezirksteilung angehören und nur zu dem Zwecke, dort in einer den Verhältnissen angepaßten Form im Sinne des Kommunismus zu wirken. Parteimitglieder, die die aus dem Auskunft der Gewerkschaften Propaganda machen, verfügen gegen grundlegende Parteidisziplinen und sind aus der Partei ausgeschlossen.

Für uns Verbändler heißt dies etwa folgendermaßen: Die kommunistischen Mitglieder sind verpflichtet, unser Verbandsstatut zu missachten, darunter zu mißachten, daß sie sich selbst ausschließen resp. ausgeschlossen werden müssen. Die statutarischen Bestimmungen verbieten die Parteidisziplin innerhalb des Verbandes und die Gießener Generalversammlung lehnt "den Anspruch der Moskauer Zentrale" auf Unterwerfung mit aller Entschiedenheit ab. Ferner wird verlangt: Der Vorsitz und alle Verbandsfunktionäre werden verpflichtet, für die Beachtung dieser Beschlüsse zu sorgen? Wenn nun die Kommunisten also sich selbst ausgeschlossen haben, dann müssen sie — das wird von ihnen verlangt — ins Land hinaus schreien, daß die Gewerkschaftsbürokratie die Gewerkschaften zerstört. Eine wunderliche Moral!

Kampfsonds.

Die Parteizentrale, Abteilung Gewerkschaften, wird beauftragt entsprechend den Beschlüssen des ersten Weltkongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale einen Kampfsonds zu schaffen, der es ermöglicht, die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen, die der Rote Gewerkschaftskongress gestellt hat.

Wenn dieser Beschluß innerhalb des Bergarbeiterverbandes seine Auswirkung finden soll, so bedeutet dies einen Eingriff in unsere statutarischen Bestimmungen durch eine politische Partei. Jedes Verbandsmitglied, welches sich daran beteiligt, beschließt gegen das Statut und muß nach den Bestimmungen ausgeschlossen werden.

Um den parteidienstlichen Charakter dieser "Fraktionen" festzulegen, bestimmt Witzig 1 der "Richtlinien" folgendes:

II. Die Gewerkschaftsfraktionen.

1. Die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen unterstehen in ihrer ganzen Tätigkeit den Parteorganen. Diese haben jederzeit das Recht und die Pflicht, die Tätigkeit der Fraktionen zu kontrollieren, bestimmte Untersuchungen zu geben, Beschlüsse aufzuhören oder zu fortsetzen, nichtigen Funktionärschauburgen und unter Umständen selbständig Fraktionsversammlungen zu veranstalten. Jede Fraktion ist als Ganzes genau so streng an die Parteidisziplin gebunden, wie jedes einzelne Parteimitglied. Um ein gedehntes und reibungsloses Wirken unserer Parteidisziplinen in den Gewerkschaften zu sichern, und um den objektiven Gefahren entgegenzuwirken, die sich durch eine allmähliche Herausbildung einer Arbeiterschaft ergeben, sind alle Parteidisziplinen verpflichtet, in der Partei und in den Gewerkschaften zu arbeiten.

Damit noch deutlicher als bisher zum Ausdruck kommt, daß die kommunistischen Gewerkschaftsfunktionäre der Gesamtpartei untergeordnet sind, tritt an Stelle des bisher gebräuchlichen Namens "Käufekäfischen Gewerkschaftszentrale" in Zukunft folgende Namensbezeichnung: "Zentrale der KPD, Gewerkschaftsabteilung". Ebenso erhalten alle örtlichen Verbände der kommunistischen Gesamtfraktionen den Namen: Gewerkschaftsabteilung.

Verbandsmitglieder, welche sich parteidienstlich zum Kommunismus bekennen, werden, wenn sie nicht von vorher erlaubt, aus dem Verband ausscheiden wollen, die Beschlüsse der Käufekäfischen Gewerkschaften bestimmen weiter die Richtlinien:

2. Alle Parteimitglieder sind anzuhören, sich gewerkschaftlich zu organisieren und in den Organisationen im Sinne der kommunistischen Grundsätze zu wirken. Funktionäre der Partei können nur solche Mitglieder werden, die gewerkschaftlich organisiert sind. Ausgenommen sind nur solche Mitglieder, die die eine Berufsorganisation nicht bestehen und die wegen ihres Wirkens als Kommunisten aus den Gewerkschaften ausgeschlossen sind. Den nichtkäufekäfischen Gewerkschaften dürfen Parteidisziplinen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Bezirksteilung angehören und nur zu dem Zwecke, dort in einer den Verhältnissen angepaßten Form im Sinne des Kommunismus zu wirken. Parteimitglieder, die die aus dem Auskunft der Gewerkschaften Propaganda machen, verfügen gegen grundlegende Parteidisziplinen und sind aus der Partei ausgeschlossen.

Für uns Verbändler heißt dies etwa folgendermaßen: Die kommunistischen Mitglieder sind verpflichtet, unser Verbandsstatut zu missachten, darunter zu mißachten, daß sie sich selbst ausschließen resp. ausgeschlossen werden müssen. Die statutarischen Bestimmungen verbieten die Parteidisziplin innerhalb des Verbandes und die Gießener Generalversammlung lehnt "den Anspruch der Moskauer Zentrale" auf Unterwerfung mit aller Entschiedenheit ab. Ferner wird verlangt: Der Vorsitz und alle Verbandsfunktionäre werden verpflichtet, für die Beachtung dieser Beschlüsse zu sorgen? Wenn nun die Kommunisten also sich selbst ausgeschlossen haben, dann müssen sie — das wird von ihnen verlangt — ins Land hinaus schreien, daß die Gewerkschaftsbürokratie die Gewerkschaften zerstört. Eine wunderliche Moral!

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 38. Woche (vom 11. bis 17. September 1921) fällig. Wie bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Das Mitglied Heinrich Steinweg (Hauptnummer 19.284), Bahnhof Eichholz, ist wegen Schädigung des Verbandes auf Grund des § 6 des Verbandsstatuts und des Verstoßes gegen den Generalversammlungsbeschluß in Gießen aus dem Verband ausgeschlossen.

Die Endesunterzeichneten Kameraden, die wegen ihrem verbandswidigendem Verhalten aus der Organisation ausgeschlossen sind, erklären folgendes:

Wir beantragen unsere Wiederaufnahme in die Organisation und verpflichten uns, in Zukunft die Bestimmungen des Statuts unter allen Umständen in allen vorkommenden Fällen für uns als Richtlinien gelten zu lassen.

Wir erklären ferner, daß wir bereit sind, in Zukunft die Beschlüsse der Generalversammlung in Gießen und die Beschlüsse der statutarischen Verbandsinstanzen als für uns bindend zu betrachten.

Weiter erklären wir, daß wir in Zukunft an den von außen stehenden Kreisen oder politischen Parteien anberaumten Fraktionsstiftungen nicht teilnehmen werden.

Gustav Ostrowski (Hauptnummer 68.907), Wilhelm Berg (Nr. 437.692), Anton Paffen (Nr. 249.561), Josef Krämer (Nr. 22.066), Willi Ludwig (Nr. 332.182), Jos. Domurat (Nr. 187.661), Gust. Dittmann (Nr. 331.554), Willi Schauenburg (Nr. 68.490), Axel Gebühr (Nr. 591.020), Bahnhofstr. 24, Bahnhofstr. 24, Bahnhofstr. 24-Liebh. 1.

Nach Abgabe dieser Erklärung werden die vorstehenden Kameraden, die in Nr. 29 der "Bergarbeiter-Zeitung" als ausgeschlossen bekannt gegeben wurden, wieder in ihre alten Re